

ters Licht zu führen, oder — sollte da ein Ausweg für alle Fälle offengehalten werden.

Der morgige Tag findet entweder in Deutschland eine nationale Regierung oder was ist, so schloß Hitler seine Ansprache. Nun, an Deutschlands Regierungsform hat sich bisher nicht allzuviel geändert, aber auch Hitler und Ludendorff, Raab und Voßow wandeln mehr oder weniger munter im Licht. Nur ein gutes Duzend Männer von minder erlesenen Namen liegen kumm auf dem Rücken. Und was das erstämlichste ist: Ludendorff, der sich dem „verbrecherischen Ueberfall“ und der „brutalen Vergewaltigung“ zur Verfügung gestellt hatte, darf unbehelligt spazieren gehen. Die Schuldigen werden rücksichtslos der verdienten Strafe zugeführt, verurteilt Raab am 9. November, und schon am 10. entließ er Ludendorff aus der Haft. Vielleicht will man doch „in den erfindlichen Zielen“ immer noch einig ist? Und weil Ludendorff wenn vor Gericht gestellt, doch kaum Anlaß hätte, aber das, was am 8. November nachmittags zwischen 4 und halb 6 Uhr gesprochen wurde, Schweigen zu bewahren? Wie dem auch sei: Tatsache scheint zu sein, daß es in München bereits wieder zweierlei Recht gibt: eins für Menschen zweier Gatt, und eins für putzende Exzellenzen.

Das, was in Bayern am 8. und 9. November vorgegangen ist und was dort noch vorgeht, erscheint dem nichtbayrischen Beobachter in einem Hell-Dunkel, das noch sehr der Klärung bedarf. Eins aber scheint daraus schon jetzt klar hervorzugehen: zur Führung in Deutschland sind die Leute, die an diesen Vorfällen beteiligt waren, doch wohl noch etwas weniger berufen als die, denen sie zu Leibe wollten. Wenn vieles in Deutschland, auch an seiner Staatsform, der Verbesserung bedürftig ist, so werden nach den Erfahrungen der letzten Tage, die übrigen Länder sich doch wohl einmütig dafür bedanken, sich für diese Reformarbeit das bayerische Regent aufzuheben zu lassen. Nicht zu leicht deshalb, weil die Bayern des weißblauen Lager wie des schwarzweißen Bayerns nur Reichstagspolitik treiben, nur ihre innerpolitische Erneuerung und Gesundheitsfragen und ansonsten noch unfähiger sind als die übrigen Deutschen, sich außenpolitisch einzustellen, sich auch nur vorübergehend dem anpassen, was in der Welt um uns her vorgeht.

Ein unvoreingenommener Beobachter wird sich sagen müssen, daß nach alledem die innere Lage Deutschlands nichts weniger als beruhigend ist. Und es ist vielleicht nicht überflüssig, den dringenden Wunsch hinzuzufügen, daß die vollziehende Gewalt solange in der Hand des Chefs der Herrensleitung bleibe, bis völlige Klärung und Beruhigung eingetreten ist. Jedenfalls soll sich die Reichsregierung vor Ueberreitungen hüten! Was ja nicht auszusuchen wäre, daß man von ihrem Dasein, neben der Militärgewalt, demnach auch etwas merkte. Oder sollte man sich in der Wilhelmstraße einbilden, jeht, wo in der Wändener Dult „zusammengedrückt“ sei, müsse sich alles andere von selbst machen? Das könnte schon baldigst eine böse Enttäuschung geben!

### Ein Aufruf Raabs.

München, 11. Nov. Generalstaatskommissar Dr. von Raab erläßt einen Aufruf, in dem er auf die große Verantwortung hinweist, die ihm durch Uebertragung der gesamten vollziehenden Gewalt des bayerischen Staates auferlegt worden sei. Er sei verantwortlich für jeden Schritt auf einem schweren, mühevollen Wege. In langen Jahren verantwortlicher Arbeit seit dem Zusammenbruch habe er die Möglichkeiten, die Gefahren dieses Weges ausprobiert und er gebe ihm jetzt. Ich darf mir, erklärte Dr. v. Raab, diesen Weg nicht zurücklassen lassen durch Veränderungen, die nach meiner feiltbearbeiteten Ueberzeugung zum sicheren Untergang führen müßten, weil sie auf Unruhen beruhen, weil ihnen die praktische Kenntnis des Nationalen und die nötige Vorbereitung fehlt, weil sie die Kräfte plündern wollen, ehe sie reif sind, auch wenn ihr vaterländisches Wohlsein rein und groß ist. Der Aufruf betont schließlich, daß der nationale Gedanke über dem traditionellen Streit dieser Tage nicht zurunde gehen dürfe.

### Die Säuberung auf dem Lande.

München, 11. Nov. Privatmeldungen zufolge ist die Auflösung der verbotenen Bundesorganisationen auf dem flachen Lande größtenteils von München in vollem Gange und wird von Reichswehrtruppen mit Nachdruck durchgeföhrt. Hitler hat sich bis gestern abend auf einem Bauernhof bei Rosenheim aufgehalten. Das Gerücht, daß die Gorbardleute in Rosenheim mit Hitler zusammen seien, ist unrichtig. Hitler ist nicht verwundet. Er hat sich nur bei einem Sturz die rechte Schulter verletzt. Ludendorff befindet sich in Jogenauer Ehrenhof, d. h. er kann sich seinen Aufenhaltsort selbst wählen, wird dabei aber streng überwacht.

### Die kommunistische Partei in Bayern aufgelöst und verboten.

München, 11. Nov. Der Generalstaatskommissar hat durch eine Verordnung vom 11. November die kommunistische Partei verboten und aufgelöst und die sozialistische Presse verboten.

# Die neuen Postgebühren.

Die schon Sonnabend durch mitgeteilt, 1918 betrie am 12. November eine neue Postgebühren-erhöhung ein. Die wesentlichen Gebühren, die vom Montag an im Post- und Fernverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

**Postkarten im Ortsverkehr 2 Milliarden Mark, im Fernverkehr 5 Milliarden Mark.**  
**Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 5 Milliarden Mark, über 20 bis 100 Gramm 6 Milliarden Mark, über 100 bis 250 Gramm 10 Milliarden Mark, über 250 bis 500 Gramm 12 Milliarden Mark; im Fernverkehr bis 20 Gramm 10 Milliarden Mark, über 20 bis 100 Gramm 14 Milliarden Mark, über 100 bis 250 Gramm 18 Milliarden Mark, über 250 bis 500 Gramm 22 Milliarden Mark.** Für nicht oder unzureichend freigelegte Postkarten und Briefe wird das Einschaltgebühren des Gebühretages, unter Aufzählung auf volle Millionen Mark, nach-erhoben.

**Druckfachen bis 25 Gramm 2 Milliarden Mark, über 25 bis 50 Gramm 4 Milliarden Mark, über 50 bis 100 Gramm 6 Milliarden Mark, über 100 bis 250 Gramm 10 Milliarden Mark, über 250 bis 500 Gramm 12 Milliarden Mark, über 500 bis 1000 Gramm 15 Milliarden Mark.**

**Warenproben bis 100 Gramm 6 Milliarden Mark, über 100 bis 250 Gramm 10 Milliarden Mark, über 250 bis 500 Gramm 12 Milliarden Mark.** Nicht freigelegte Druckfachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigelegte Sendungen dieser Art wird das Einschaltgebühren des Gebühretages unter Aufzählung auf volle Millionen Mark nach-erhoben.

**Fachchen bis 1 Kilo 20 Milliarden Mark.**

Kategorie	1. Zone bis 25 km	2. Zone 25-75 km	3. Zone über 75 km
bis 3 kg.	25	50	50
über 3 bis 5 kg.	35	70	70
über 5 bis 8 kg.	40	80	120
über 8 bis 10 kg.	45	90	135
über 10 bis 15 kg.	50	100	150
über 15 bis 20 kg.	55	110	165
über 20 bis 25 kg.	60	120	180
über 25 bis 30 kg.	70	140	210
über 30 bis 40 kg.	80	160	240
über 40 bis 50 kg.	90	180	270
über 50 bis 75 kg.	100	200	300
über 75 bis 100 kg.	110	220	330
über 100 bis 150 kg.	120	240	360
über 150 bis 200 kg.	130	260	390
über 200 bis 250 kg.	140	280	420
über 250 bis 300 kg.	150	300	450
über 300 bis 400 kg.	160	320	480

**Seinmalpaete bis 5 kg. 17 34 34**

**Verbindungen (Wertbriefe und Wertpakete).** Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung (bei unversiegelten Wertpaketen wird die Einschaltgebühren aber nicht erhoben) und die Verbriefungsgebühr beträgt bei Wertbriefen

und versiegelten Wertpaketen für je eine Million Mark der Wertangabe oder einen Teil von 1 Milliarde Mark 20 Millionen Mark; bei unversiegelten Wertpaketen (ausgegeben bis 50 Milliarden Mark) 10 Millionen Mark.

**Postanweisungen bis 1 Billion Mark 5 Milliarden Mark, über 1 bis 3 Billionen 10 Milliarden Mark, über 3 bis 5 Billionen 15 Milliarden Mark, über 5 bis 10 Billionen 20 Milliarden Mark, über 10 Billionen (unbeschränkt) für je weitere 10 Billionen Mark oder einen Teil davon mehr 20 Milliarden Mark.** Höchstbetrag für geldwärtliche und telegraphische Postanweisungen unbeschränkt.

Die Einschaltgebühren für Aufnahmen und Postaufträge auf 5 Milliarden Mark, jedoch: die Einschaltgebühren für Aufnahmen und Postaufträge von 1 von jedem angefangenen Tag und der eingeschlossenen Beträge bleibt unverändert, Mindestbetrag 1 Million Mark, Aufzählung überschüssiger Beträge auf volle Millionen Mark. Die Einschaltgebühren für Aufnahmen und Postaufträge von dem Abnehmer berücksichtigt werden.

Für die Einschaltung und bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsaufstellort 20 Milliarden Mark, nach dem Bundesaufstellort 30 Milliarden Mark; für ein Paket nach dem Ortsaufstellort 20 Milliarden Mark, nach dem Bundesaufstellort 30 Milliarden Mark. Die Einschaltgebühren für jede postlagernde Sendung beträgt 500 Millionen Mark.

Für den eingeschalteten Jahreszins bis 1 Billion einschließlich 3 Milliarden Mark, über 1 bis 3 Billionen 5 Milliarden Mark, über 3 bis 4 Billionen 8 Milliarden Mark, über 4 bis 10 Billionen 10 Milliarden Mark, über 10 Billionen (unbeschränkt) für je weitere 10 Billionen oder einen Teil davon mehr 5 Milliarden Mark. Für bargeldlos bezahlte Jahreszinsen dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 10 Milliarden Mark für eine Jahreszins.

Für Anstaltszinsen, die bargeldlos bezahlten werden,  $\frac{1}{2}$  vom Tausend des Schuldbetrags, für Vorauszahlungen mit Vorbehalt 2 vom Tausend des Schuldbetrags, Mindestgebühr 1 Milliarden Mark, Höchstbetrag eines Postbetrags und telegraphischer Aufsätze (Nachrichten, Uebermittlungen und Postbeträge) unbeschränkt.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Verbriefungen und Postanweisungen gelten auch nach dem Seengebiet (jedoch Pflichten nicht angefallen), ferner nach dem Gebiet der Preisen Stadt Danzig. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Burgund, Elben und Rheinlande und Ostpreußen (Pfählen nach Meien Ländern nicht zugelassen).

**Die Auslandsgebühren**  
 betragen vom 12. November an für Postkarten 24 Milliarden Mark, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 18 Milliarden Mark, für Briefe bis 20 Gr. 40 Milliarden Mark, jede weiteren 20 Gramm (Weitengewicht 2 kg.) 20 Milliarden Mark, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 30 Milliarden Mark, jede weiteren 20 Gramm 20 Milliarden Mark, für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 8 Milliarden Mark, mindestens 40 Milliarden Mark, für Warenproben für je 50 Gramm 8 Milliarden Mark, mindestens 10 Milliarden Mark.

Männern Vorgänge hätten gezeigt, daß die Regierungen genügliche Kraft und Autorität besitzen, um gewalttätiger Bewegungen Herr zu werden. Der französische Ministerpräsident müsse aber auch bedenken, daß beratige Bewegungen gar nicht zum Ausdruck kommen würden, wenn nicht seit dem Friedensschluß jede deutsche Regierung, gleichgültig auf welchem politischen Standpunkt sie gestanden habe, vorgebildet um erteilliche Bedingungen getätigt habe und von einem außenpolitischen Mißerfolg zum anderen getrieben worden wäre.

### Die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen.

Berlin, 10. Nov. Der frühere deutsche Kronprinz traf am Sonnabend aus Holland auf Bahnhof Friedrichstraße ein und fuhr sofort nach Dels weiter, wo er auf seinem Gute leben wird.

Die Verhandlungen des Kronprinzen mit der Reichsregierung begannen bereits unter dem Kabinett Cuno und kamen kürzlich zum Abschluß. Das Reichskabinett ist bei der Bewilligung der Einreiseerlaubnis von der Ermüdung ausgegangen, daß das von der Entente gestellte Verlangen, den Kronprinzen zu internieren, weil er auf der Liste der sogenannten Kriegsverbrecher steht, völlerrechtlich völlig unhaltbar ist, und auch im Völlerrecht keine Stütze findet. Es handelte sich nicht um eine Bezoagung des Kronprinzen, sondern lediglich um die Ausübung eines Rechtes, das jedem Staatsbürger zusteht, nämlich des Rechtes, in der Heimat zu wohnen. Daß der Kronprinz sich zur Enthaltung von politischer Tätigkeit verpflichtet hat, wurde bereits mitgeteilt.

### Eine politische Rede Strefemanns.

Halle, 11. Nov. Reichstagsredner Strefemann traf heute nachmittag gegen 5 Uhr in Begleitung des Reichs-Innenministers Jarres und des Staatssekretärs Rempkes in Halle ein. In anberstehender Rede auf dem Landesparlament der Deutschen Volkspartei im Ballhalla-Theater nahm er zu den schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen Stellung. Insbesondere ging er auf die ungeheure Arbeitslosigkeit an Rhein und Ruhr ein, für die die Besetzungsmächte die Verantwortung zu tragen hätten, wie sie

leihen Endes auch die Schuld trügen an der politischen Wirren von rechts und links und an der wirtschaftlichen Not Deutschlands. Auf schärfste beurteilte er den Streit in den Berliner Rotenbrudereien, der die Einstellung des wertbeständigen Geldes still-lege und damit die schwierige Lage der Augenblicks noch verschärft. Die Regierung werde deshalb mit strengen Maßnahmen gegen diesen Streit vorgehen und rücksichtslos Entlassungen vornehmen, falls die Arbeit bis morgen nicht wieder aufgenommen werde. Auch zu den Fragen des Boamben-abbauens, der Eisenbahnpolitik usw. nahm der Reichstagsredner eingehend Stellung, indem er als Ziel dieser Maßnahmen die Balanzierung des Etats und die Rückkehr zu einer gesunden und vernünftigen Finanzpolitik bezeichnete.

### Die Sachverständigenkonferenz gescheitert.

### Frankreichs Vorbehalte haben Amerikas Ablehnung zur Folge.

Washington, 10. November. Die amerikanische Regierung hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, die um fünf Uhr zu Ende ging. Ein Sprecher des Präsidenten teilte den Washingtoner Journalisten mit, daß die amerikanische Regierung infolge der von Frankreich erhobenen Vorbehalte definitiv von einer Teilnahme an der geplanten Sachverständigenkonferenz abstehe. Unmittelbar nach der Kabinetsitzung begab sich Staatssekretär Hughes auf das Staatsdepartement und sprach einen Voten mit einer Note zum französischen Vorkonferenzen. Dieser begab sich in höchster Eile zu Hughes, der ihn dann von der Entscheidung der Vereinigten Staaten in Kenntnis setzte. Dem „New York Herald“ zufolge, war Hughes nach dieser Nachricht sehr betroffen.

### Attentat auf Winoug.

Berlin, 11. Nov. Heute nacht wurden auf der Potsdamer Chaussee von unerkannt entkommenen Tätern zwei Automobile beschossen, von denen das eine dem Generaldirektor Winoug gehörte. Auch ein nach Grinin folgender Verortung wurde beschossen. In allen drei Fällen ist niemand verletzt.

### Blutige Separatistenangriffe in Speyer.

Speyer, 10. Nov. Heute nachmittag hat die Polizei den Separatisten ein Gefecht geliefert. Die Polizei hielt das Regierungsgebäude besetzt, das die Separatisten mit Granatminen und Maschinengewehren angriffen. Auf beiden Seiten gab es Tote. Einzelheiten fehlen, da die drahlige Verbindung mit Speyer gesperrt ist.

### Aus dem Lande.

Leipzig. Gegen das vorzeitige Schließen der Läden. Das Pressamt der Stadt Leipzig behauptet es als unzulässig, daß jeder einzelne Reichshändler für sein Geschäft die Verkaufszeit nach seinem Gutdünken festsetzt oder das Geschäft an manchen Tagen überhaupt nicht öffnet, obwohl er nach Waren vorrätig hat. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Papiermarkt Reichsmarkt ist und ihre Annahme nicht genehmigt werden darf. Es ist auch nicht zulässig, die Bezahlung mit kleinen Geldscheinen zurückzuweisen. Händler, die diesen Vorschriften zuwider handeln, haben fange Verhaftung, außerdem Unterjagung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu gemärtigen.

Leipzig. Ein Geisteskranker als Schularzt. In den letzten Tagen hat sich hier ein wäckerlich geistig minderwertiger Mensch in Volkshäusern als benannter Schularzt ausgegeben und in verschiedenen Klassen Knaben und Mädchen unterrichtet. Ein Schullehrer, dem das Benehmen dieses „Schularztes“ verblüffend vorkam, veranlaßte seine Teilnahme. Es handelt sich um einen 25 Jahre alten Zahnstücker.

Leipzig. Schwere Kirchenraub. In der Nacht vom 6. zum 7. November haben Kirchenräuber die Ehngewölbe der katholischen Kirche angebrochen und durchgehauen. Der Tabernakel ist gewaltig erbrochen und das vergoldete Eborien mit Hoften genaubt worden. In der Sakristei ist alles durchgehauen und durchgehauen-geworden, ein großer Teil der Kirchenscheibe und eine Kreuzenbüchse genaubt. Nicht ist den Kirchenräubern glücklicherweise nichts in die Hände gefallen.

Löhmen. Sehn Schafe gestohlen. In der Nacht vom Montag wurden aus dem verbliebenen Schafstall des Kammergutes mittels Einsteigen 10 Merckschafe (6 Muttertiere und vier Lämmer) gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet.

Delsnitz. Wegen Verleumdung der Einkommensteuerhinterziehung hat das Finanzamt Delsnitz gegen den Landwirt und Pferdehändler Gustav Schmidt in Pabstleithen auf 122 Billionen 800 Milliarden (1228 Goldmark) und gegen den Landwirt und Viehhändler August Schmidt in Tiefenbrunn auf 118 Billionen 500 Milliarden Mark (1188 Goldmark) Geldstrafe erkannt.

3chopau. Eine erneute reiche Schenkung ging dem Stadtrat durch Herrn Fabrikbesitzer J. S. Rasmussen zu. Herr Rasmussen spendete 15 Billionen zur Verwendung für die notleidenden alten Einwohner der Stadt.

### Weiterberichter.

Wörlitz. Diatgennebel, tagüber etwas milder, nachts vereinzelt nach Frost, kühn bis milde, stürmische Winde.